

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Cornelia Hirsch, Ulla Jelpke,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7109 –**

Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüssen

A. Problem

Die im Ausland erworbenen Qualifikationen, Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten werden in der Bundesrepublik Deutschland nicht, teilweise oder häufig nur unter erschwerten Bedingungen anerkannt. Dies führt dazu, dass die Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Akademikerinnen und Akademikern dieser Bevölkerungsgruppe mit 12,5 Prozent fast dreimal so hoch ist wie unter deutschen Hochschulabsolventen. Potenziale und Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten gehen damit der Wissenschaft und dem Arbeitsmarkt verloren.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz (KMK), regierungsunabhängigen Sachverständigen, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, Berufsverbänden und Gewerkschaften ein Konzept zur Erleichterung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen zu entwickeln.

Die Bundesregierung soll dem Deutschen Bundestag jährlich Bericht über den Stand der Entwicklung eines bundesweiten einheitlichen und vereinfachten Systems der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erstatten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/7109.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7109 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Marcus Weinberg
Berichtersteller

Gesine Mulhaupt
Berichterstellerin

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Krista Sager
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg, Gesine Mulhaupt, Patrick Meinhardt, Sevim Dağdelen und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7109** in seiner 148. Sitzung am 6. März 2008 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass die im Ausland erworbenen Qualifikationen, Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland nicht, teilweise oder häufig nur unter erschwerten Bedingungen anerkannt würden. Anerkennungsverfahren seien je nach Herkunft der Migrantinnen und Migranten unterschiedlich, intransparent und mit einem hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden. Dies führe dazu, dass die Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Akademikerinnen und Akademikern dieser Bevölkerungsgruppe mit 12,5 Prozent fast dreimal so hoch wie unter deutschen Hochschulabsolventen sei. Potenziale und Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten gingen damit der Wissenschaft und dem Arbeitsmarkt verloren.

Es wird betont, dass eine wirksame Lösung des Problems nur über konkrete, bundesweit koordinierte Initiativen erreicht werden könne. Die Erleichterung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen müsse sowohl im Hinblick auf akademische Abschlüsse als auch Berufsqualifikationen, Schul- und Ausbildungsabschlüsse sowie Hochschulzugangsberechtigungen erfolgen.

Laut der OECD-Studie „Jobs for Immigrants“ seien Bemühungen um eine vermehrte Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten aber nur erfolgreich, wenn Diskriminierungen aufhörten und sie als selbstverständlicher und fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft akzeptiert würden.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung aufgefordert, das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz (KMK), regierungsunabhängigen Sachverständigen, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, Berufsverbänden und Gewerkschaften ein Konzept zur Erleichterung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen zu entwickeln.

Die Maßnahmen seien finanziell abzusichern und im Rahmen einer bundeseinheitlichen Struktur mit klaren institutionellen Zuständigkeiten durchzuführen.

Die Bundesregierung soll dem Deutschen Bundestag jährlich Bericht über den Stand der Entwicklung eines bundesweiten einheitlichen und vereinfachten Systems der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erstatten.

Als Elemente des Maßnahmenpakets werden von Seiten der Antragsteller u. a. aufgeführt:

- erleichterte Teilanerkennungen von im Ausland erworbenen Qualifikationen,
- gezielte Beratungen über Möglichkeiten der Anerkennung von Qualifikationen und Berufsvermittlung,
- vereinfachte Anerkennung von Qualifikationen,
- Ermöglichen und Fördern vereinfachter Abschlussprüfungen,
- Einrichten und Fördern eines Zweitstudiums,
- Evaluierung ausländischer Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen Qualifikationen,
- Entwicklung eines Systems mit Rechtsansprüchen zur Feststellung von Qualifikationen sowie eines Informationssystems zur Anerkennungsproblematik, Rechte und Möglichkeiten der Betroffenen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Innenausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/7109 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 68. Sitzung am 12. November 2008 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7109 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird ausgeführt, dass in den nächsten Jahren in den Fragen „Migration“, „Mobilität“ und „Integration von Beschäftigten“ Erfolge erzielt werden müssten. Gerade die Themen „Integration im Bildungsbereich“, „Durchlässigkeit“ und „Sozialer Status und Bildungsbiographien“ seien die zentralen Herausforderungen.

Die EU-Mitgliedstaaten müssten eine Lösung finden, wie die Situation der zunehmenden Zahl von Schülern mit Migrations- und damit oftmals schwachem sozio-ökonomischem Hintergrund verbessert werden könne. Man müsse die Faktoren der Bildungsbenachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund analysieren und dann über Maßnahmen diskutieren, wie diese zu verbessern seien. Hierzu fordere die

Europäische Kommission mit ihrem Grünbuch zu Migration und Mobilität auf.

Auf Grund der erhöhten Zuwanderung aus Drittstaaten und der zunehmenden Mobilität innerhalb der EU habe die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund stark zugenommen. Für eine gute Integration seien viele Faktoren von Bedeutung: die frühkindliche, vorschulische Bildung, eine interkulturelle Erziehung und Mentoren- bzw. Tutorenprogramme. Hier seien Bund und Länder aufgefordert, im Rahmen ihrer Beratungen Ergebnisse zu erzielen. Es wird betont, dass insbesondere die Länder in den nächsten Wochen und Monaten konkrete Ergebnisse vorlegen sollten.

Die **Fraktion der SPD** ist der Auffassung, dass das Grünbuch „Migration & Mobilität“ die Unerfahrenheit vieler EU-Länder in der Migrationspolitik deutlich mache. Dies betreffe vor allem die notwendigen Bildungsanstrengungen, um Migranten die Selbstverständlichkeit des Zugangs zum Bildungs- und den sozialen Sicherungssystemen aufzuzeigen.

Es sei an der Zeit, Migranten in Europa stärker als Chance und Bereicherung zu sehen und nicht als ein Problem, das die Bildungssysteme belastet. Hochqualifizierte müssten in Deutschland stärker integriert werden. Dies erfordere ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird Bezug auf das Grünbuch der Europäischen Kommission genommen. Es sei zwar positiv, dass Vergleichswerte und Beschreibungen über den unterschiedlichen Stand des Umgangs mit Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund aufgezeigt würden. Jedoch stimme man nicht mit der zentralen politischen Schlussfolgerung des Grünbuches überein. Dort werde als wichtigste Maßnahme eine Konsultation interessierter Kreise zu bildungspolitischen Maßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund vorgeschlagen. Angesichts dessen dränge sich der Verdacht auf, dass die Europäische Kommission in ihren Debatten nicht auf dem Laufenden sei. Auf diversen Ebenen seien längst derartige Konsultationen auf den Weg gebracht worden. Es werde bezweifelt, dass derartige Konsultationen zu neuen Erkenntnissen führen würden.

Die **Fraktion DIE LINKE** weist auf Äußerungen der Staatsministerin Maria Böhmer in der Zeitung „DIE WELT“ hin. Sie habe kurz vor dem letzten Integrationsgipfel von dringendem Handlungsbedarf gesprochen und erklärt, die Anerkennungsproblematik im Zusammenhang der Zuständigkeiten von Bund und Ländern lösen zu wollen. Bereits am 8. Mai 2008 habe Staatsministerin Maria Böhmer anlässlich der Vorstellung der Studie „Brain Waste“ gefordert, dass transparente, bundesweit vergleichbare und zügige Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen notwendig seien. Diese Aussage entspreche den wesentlichen Forderungen im Antrag der Fraktion DIE LINKE. nach erleichterten Anerkennungen von Bildungsabschlüssen. Man begrüße die Ankündigungen, jedoch fehle es an konkreten Taten. Man brauche gesetzliche Rahmenbedingungen im Sinne einer bundeseinheitlichen Regelung. Seit November 2008 liege der Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor und bisher sei von Seiten der Bundesregierung nichts unternommen worden.

Im Bericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Anerkennung im Ausland erworbener Schul-, Bildungs-, Berufs- und Hochschulabschlüsse in Deutschland“ werde auf die Otto Benecke Stiftung e. V. und das Modellprojekt AQUA (Akademiker/-innen qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt) verwiesen. Wenn ab 2009 keine Bundesmittel mehr für die institutionelle Förderung des Akademikerprogramms der Otto Benecke Stiftung e. V. vorgesehen seien, wäre dies ein falsches und fatales Signal. Es wird kritisiert, dass der nationale Integrationsplan der Bundesregierung nur Selbstverpflichtungen, aber keine Verbindlichkeiten enthalte.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird dringend eine Bund-Länder-Initiative zur Vereinheitlichung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen angemahnt, damit die erheblichen Potenziale der Migrantinnen und Migranten nicht verloren gingen. Es wird ferner angeregt, die Erfahrungen der Otto Benecke Stiftung e. V. dafür zu nutzen, um weitere Zielgruppen zu erschließen, deren im Ausland erworbene Abschlüsse in Deutschland für die Aufnahme eines Studiums nicht anerkannt werden.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird klargestellt, dass die Bundesregierung mehrfach die Schlüsselrolle von Bildung bei der Integration von Migrantenkindern deutlich gemacht habe. Der nationale Integrationsplan sei im Grünbuch als ein Beispiel für gute Praktiken in den Mitgliedstaaten ausdrücklich genannt worden.

Zentrale Elemente der Förderung der Integration von Migrantenkindern im Bildungsbereich seien nach Ansicht der Bundesregierung vor allen Dingen die frühkindliche Bildung, eine gezielte Sprach- und Bildungsförderung durch Mentoren- und Tutorenprogramme sowie eine interkulturelle Erziehung.

Anfang Dezember werde die Bundesregierung gemeinsam mit der KMK in Berlin eine Fachtagung auf Arbeitsebene zum Grünbuch veranstalten. Dort werde besprochen, wie die Herausforderungen bewältigt werden könnten. Zum Abschluss des Konsultationsprozesses werde sich die Bundesregierung in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der KMK auf EU-Ebene äußern.

Bund und Länder seien sich einig, dass die Möglichkeiten und Verfahren der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen kurzfristig erweitert und verbessert werden müssten. Dies sei auf Grund der Komplexität der Materie und der Überschneidungen der Zuständigkeiten nur gemeinsam mit den Ländern zu erreichen. Das Thema sei in die Qualifizierungsinitiative eingebracht worden. Ziel sei dabei zu gewährleisten, dass im Ausland erworbene Abschlüsse zügig geprüft würden. Gegebenenfalls sollten auch Teilanerkennungen ausgesprochen werden. Außerdem sei vorgesehen, erforderliche Ergänzungen und Anpassungsqualifizierungen anzubieten. In diesem Zusammenhang werde auch zu prüfen sein, inwieweit die derzeit für EU-Angehörige nach einer Richtlinie bestehenden Rechtsansprüche, die unter anderem Teilanerkennungen vorsähen, allgemeine Anwendung finden könnten. Es sei vereinbart, dass dieser Bund-Länderprozess bis Mitte 2009 abgeschlossen werden sollte, so dass die Bundesregierung dann über die Ergebnisse berichten könne. Die Länderseite habe die Konferenz der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister am 30. September 2008 in Hannover ebenfalls mit diesem

Thema befasst. Es sei sichergestellt, dass die Integrationsminister in dieser Frage eng mit der KMK, der gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz und der Wirtschaftsministerkonferenz kooperierten, so dass bis zur Mitte des nächsten Jahres mit einem Ergebnis gerechnet werde.

Es sei nicht zutreffend, dass das Akademikerprogramm des BMBF im Hinblick auf die Haushaltsansätze seit 2006 zurückgefahren worden sei. Es sei in das bereits seit Oktober 2006 angelaufene Programm AQUA überführt worden. Die bisherigen Zielgruppen, insbesondere im Migrantenvereich, würden weiter berücksichtigt und die gemeinsame Qualifizierung zugewanderter und hiesiger arbeitsloser Akademiker stehe im Blickpunkt. Der Mittelansatz sei hierfür ab dem Jahr 2009 AQUA zugeordnet.

Die Bundesregierung erklärt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis Ende 2008 ein Konzept zur beruflichen Integration zugewanderter Akademikerinnen und Akademiker erarbeite, was unter anderem auch die Optimierung der Anerkennungsverfahren sowie der Angebote zur fachlichen und sprachlichen Nachqualifizierung vorsehe.

Es sei richtig, dass die Otto Benecke Stiftung e. V. nicht mehr im Rahmen der institutionellen Förderung sondern im Rahmen der Projektförderung unterstützt werde.

Berlin, den 12. November 2008

Marcus Weinberg
Berichtersteller

Gesine Mulhaupt
Berichterstellerin

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Krista Sager
Berichterstellerin

